

Editorial

Hallo, liebe Leser!

Die linke AStA-Koalition gönnt uns wirklich keine Verschnaufpause: Soviele Dreistigkeiten, dass wir gar nicht über alle berichten können. Nun lassen wir uns davon aber nicht entmutigen, wie man an der Titelseite schon vom Weiten sieht. – Überdies gibt's auch mal etwas über den untätigen RCDS, der uns unseren mehr als Handlungsaufforderung zu verstehenden Artikel hoffentlich nicht zu sehr übel nimmt. Ralf Mayrhofer

AUS DEM INHALT

Resolution gegen die Erhebung von Langzeit-Studiengebühren

Seite 2

Hilfe, wer rettet den RCDS?

Eine Hochschulgruppe vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Unfähigkeit

Seite 3

AStA LÜGT SICH DIE WELT SCHÖN

von Ralf Mayrhofer & Torsten Scharf

Neues Semester, neues Glück – und der AStA aus Juso-HSG, GHG (Grüne Hochschulgruppe), BGL (Basisgruppenliste) und Antifa tut sich sogleich wieder mit einer unverfrorenen Dreistigkeit hervor. Nicht nur, dass die antidemokratische Äußerung des AStA-Außenreferenten („Ich lehne die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab.“) auf der Juni-Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) zu keinerlei Konsequen-

hen ließen. Doch unsere Proteste halfen nichts. So erwiderte die StuPa-Präsidentin (GHG) lapidar: „Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.“, auch der AStA-Vorsitzende (Jusos) meinte nur, dass er zu diesem Zeitpunkt wohl „unaufmerksam“ gewesen sein muss; an diese Äußerung jedenfalls könne er sich auch nicht erinnern. Sogar der AStA-Außenreferent (Antifa) selbst stritt ab, sich auf der besagten Sitzung „auf die-

se Art und Weise“ geäußert zu haben. Als dann jedenfalls über unseren Änderungsantrag abgestimmt wurde, stimmte aus den linken Reihen nur ein einziger Parlamentarier der Jusos, den die lebhafteste Erinnerung wohl nicht verlassen hatte, mit uns für die Aufnahme der Aussage des Außenreferenten ins Protokoll. Da die LHG (Liberaler Hochschulgruppe) mit geschlossener Abwesenheit glänzte, reichte dies aber

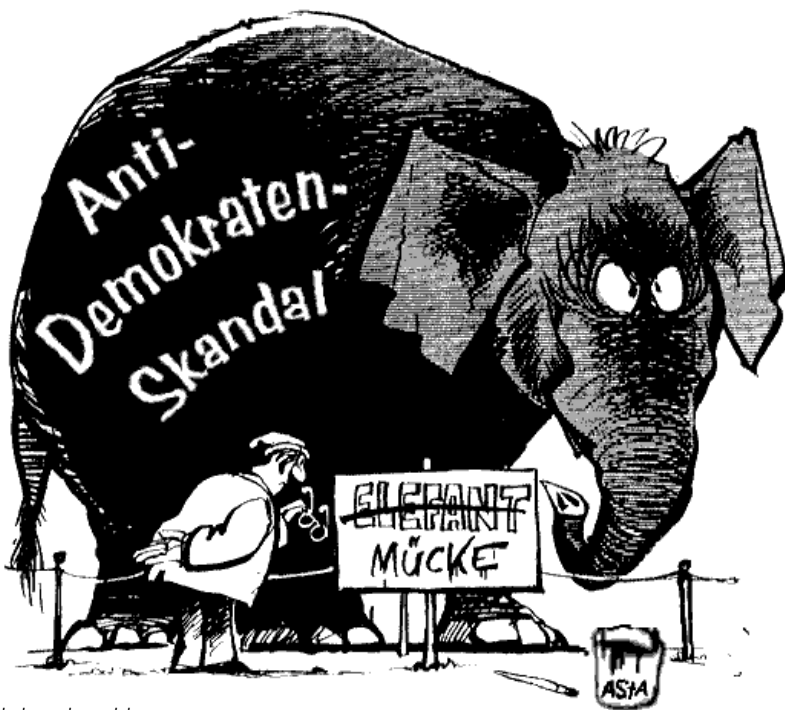
AStA-Außenreferent im Juni: „Ich lehne die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab!“

zen führte, nein, als wir uns auf der folgenden StuPa-Sitzung (Ende Oktober) darüber beklagten, dass sich diese Äußerung nicht im Sitzungsprotokoll wiederfindet, konnte sich unter den Parlamentariern der AStA-Koalition plötzlich niemand mehr daran erinnern! Dies hat uns zutiefst verwundert, wurde doch wegen dieser Aussage die damalige StuPa-Sitzung unterbrochen, innerhalb der linken Koalition heftig diskutiert,

Der AStA im Oktober: „Das ist so nie gesagt worden!“

ist daran fast die AStA-Koalition zerbrochen – und schließlich bemühten sich vor allem die Jusos, sich nach der Sitzung in ihren Publikationen immer und immer wieder dafür zu rechtfertigen, dass sie – trotz dieser verfassungsfeindlichen Äußerung – den AStA mit Beteiligung der Antifa fortbeste-

Mehrheitsbeschluss.



nicht: Die gesellschaftsfeindliche Äußerung des Außenreferenten fand keinen Eingang ins Protokoll. – Mit dieser dummdreisten Aktion offenbarten die AStA-tragenden Gruppen mal wieder ihre ganz eigene Vorstellung von Demokratie; die Kompetenzen des Studierendenparlaments wurden schamlos überschritten. Tatsachen lassen sich eben gerade nicht durch Mehrheitsbeschluss ungeschehen machen – daran ändert auch eine vorgetäuschte Massen-Amnesie nichts. Vor allem die Jusos sollten sich schämen, sorgen sie mit ihrem Verhalten doch dafür, dass der AStA und das StuPa als die elementaren Stützpfiler

der studentischen Selbstverwaltung – nicht zuletzt vor den Studierenden selbst – an Glaubwürdigkeit verlieren.

Aber damit nicht genug: Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es bei der Befragung

AStA-Finanzreferent gesteht auf StuPa-Sitzung eigene Inkompetenz ein

des AStA-Finanzreferenten (GHG) durch Parlamentarier der Opposition bzgl. seiner Mitverantwortlichkeit bei dubiosen Finanzbeschlüssen der Fachschaftsräteversammlung (FSRV) – die er als Finanzreferent gegenzuzeichnen hat – zu einer in-

teressanten Aussage: Er wisse nicht, was er da eigentlich tue, konnten die erstaunten Parlamentarier aus seinem Munde vernehmen. – Geradezu beängstigend, wenn man bedenkt, dass ihm die Verwaltung des studentischen Haushaltes, immerhin knapp 800.000,- Mark, obliegt. Aber eines haben wir ja nun gelernt: Diese Äußerung wird auf der nächsten StuPa-Sitzung aus dem Protokoll getilgt – und dann ist die Welt für den AStA wieder in Ordnung. Das kann so nicht weitergehen: Dieser AStA gehört schnellstens abgelöst, bevor er dem Ansehen der Studierendenschaft noch mehr Schaden zufügt! ♦

RESOLUTION GEGEN DIE ERHEBUNG VON LANGZEITSTUDIENGEBÜHREN

Die ADF setzt sich seit jeher gegen die Einführung von Studiengebühren jeder Art ein. Aus diesem Grund unterstützen wir uneingeschränkt das niedersächsische Bündnis gegen Studiengebühren, dessen – hier von uns abgedruckte – Resolution auch vom Göttinger Studierendenparlament einstimmig verabschiedet wurde.

Das niedersächsische Bündnis gegen Studiengebühren lehnt jede Art von Studiengebühren ab, da sie ein unsoziales Druckmittel gegenüber den Studierenden sind, das den Bildungszugang erschwert und neue soziale Härten schafft. Die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, über sogenannte „Studienguthaben“ in Wirklichkeit Studiengebühren für Langzeitstudierende einzuführen, ist bildungspolitisch skandalös und hochschulpolitisch kontraproduktiv. Studierwillige werden vom Studium abgeschreckt und die Einführung von generellen Studiengebühren – auch für das Erststudium – durch die Hintertür betrieben. Die Abgeordneten des niedersächsischen Landtags werden aufgerufen, sich gegen die geplante Einführung von Langzeitstudiengebühren auszusprechen. Das Bündnis fordert die Landesregierung auf, die Gesetzesvorlage zu den Langzeitstudiengebühren sofort zurückzuziehen.

Langzeitstudiengebühren produzieren Abbrüche statt Abschlüsse und werden weder der Situation der Hochschulen noch der individuellen Lage der Studierenden gerecht. Studienbedingungen und Studienfinanzierung müssen statt dessen so gestaltet sein, dass ein Studium in angemessener Zeit zu Ende gebracht werden kann. Hierfür sind Anreize statt Sanktionen – vor allem für die Hochschulen – wichtig, denn schlecht strukturierte Studiengänge, unzureichende Betreuung und Beratung im Studium und immer wieder die schwierige finanzielle Situa-

tion der Studierenden sind die eigentlichen Gründe für eine lange Studiendauer.

Hieran ändern Strafgebühren für Studierende nichts, vielmehr müssen die Hochschulen in die Lage versetzt werden, die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen. So muss das Studium durch innere Reform und Beseitigung überflüssiger Stofffülle wieder in angemessener Zeit studierbar gemacht werden.

Langzeitstudiengebühren sollen als staatliches Steuerungs- und Druckmittel eingesetzt werden. Das eigentliche Problem der langen Studienzeiten liegt aber in den schlechten personellen und materiellen Ausstattungen der Hochschulen in Deutschland. Hieraus ergeben sich überfüllte Hörsäle, schlechte Bibliotheksbestände, fehlende Übungen und Tutorien sowie unzureichende persönliche Beratung der Studierenden. Das Bündnis fordert deshalb den Ausbau der Studieninfrastruktur.

Die meisten Studierenden müssen sich ihr Studium durch eine oder mehrere Erwerbstätigkeiten finanzieren, da sie nicht ausreichend von ihren Eltern unterstützt werden und kein bzw. nicht ausreichend BAföG erhalten. Hierdurch verlängern sich Studienzeiten erheblich. Faktisch sind viele Langzeitstudierende Teilzeitstudierende in Vollzeitstudiengängen. Um die Studienmöglichkeiten zu verbessern, fordert das Bündnis die Einführung von Teilzeitstudiengängen wie in anderen europäischen Ländern bereits geschehen sowie auch die BAföG-Berechtigung von Teilzeitstudierenden.

Durch die Erhebung von Studiengebühren wird ein noch größerer Teil der Studierenden gezwungen, erwerbstätig zu werden, um diese Kosten zusätzlich zum eigenen Lebensunterhalt aufzubringen. Dabei ist bekannt, dass vor allem Kinder aus einkommensschwächeren und bildungsfernen Schichten nicht so risikofreudig sind wie Kinder von

Beamten oder Akademikern und Angst vor hoher Verschuldung haben. Von 1982 bis 2000 hat sich der Anteil der Studierenden dieser Herkunftsgruppe von 23 auf 13 Prozent deutlich verringert. (Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerk, Sept. 2001)

Das Bündnis kritisiert, dass statt auf die weitere Öffnung der Hochschulen auf die Abschreckung vor einem Studium gesetzt wird. Das Gegenteil ist nötig: Deutschland muss im internationalen Vergleich bei den Studierendenquoten (siehe OECD-Studie) endlich aufholen und für das Studium werben, um die Zahl der Studierenden zu verdoppeln.

Darüber hinaus wird die zunehmend geforderte persönliche Mobilität der Studierenden und die Internationalität der Hochschulen konterkariert. Indem bei den Studierenden die ständige Angst erzeugt wird, nicht innerhalb der Regelstudienzeit das Studium beenden zu können, werden die Studierenden künftig verstärkt an ihrer Ersthochschule bleiben, um keine Gebührenzahlungen zu riskieren. Studiengang- und Studienortswchsel, aber auch Auslandsaufenthalte, werden sich drastisch reduzieren. Auf lange Sicht sind von Langzeitstudiengebühren zudem keine wesentlichen finanziellen Einnahmen für die Haushalte der Hochschulen oder des Landes zu erwarten, da die Zahl dieser Studierenden nach Einführung der Gebühren stark zurückgehen wird. Der bürokratische Aufwand, mit dem insbesondere die vorgesehenen Ausnahmeregelungen bewältigt werden müssen, ist so groß, dass sich sogar die Hochschulleitungen gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren ausgesprochen haben.

Das Bündnis fordert den gebührenfreien Zugang zur Bildungseinrichtung Hochschule. Die Ursachen für lange Studienzeiten müssen endlich beseitigt werden! ♦

HILFE, WER RETTET DEN RCDS?

Eine Hochschulgruppe vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Unfähigkeit

von Ralf Mayrhofer

Was ist das: Trägt eine Barbour-Jacke, hat einen strengen Scheitel, ist Jura-Student und guckt völlig verzweifelt? Ja, genau! Das kann nur ein RCDS-Mitglied sein, das sich dieser Tage fragt, ob es eigentlich in der richtigen hochschulpolitischen Gruppe ist. Doch warum? – Ist es ihm etwa peinlich, im RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) zu sein?

Schauen wir zur Beantwortung dieser Frage zurück auf das Ende des letzten Jahres: Der RCDS, nunmehr fast ein Jahr am Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) beteiligt und personell ein wenig ausge-

2001: Ein weiteres Jahr voller Fehlschläge für den RCDS

trocknet, blickte etwas neidisch auf die anderen Hochschulgruppen, hatten diese doch erfolgreiche Publikationen, in denen kontrovers über aktuelle hochschulpolitische Themen diskutiert wurde. „So etwas brauchen wir auch“, dachte man wohl im RCDS, schließlich standen die Hochschulwahlen kurz vor der Tür. Kurzum, der „Nachschlag“, stolz als das „Magazin des RCDS-Göttingen“ bezeichnet, war geboren.

Doch leider sollte sich die erste Ausgabe als unüberlegter Schnellschuss erweisen, hatte man sich mit den inhaltlichen Anforderungen wohl etwas übernommen: Fade Selbstinterviews und nichtssagende Selbstbeweihräucherungen erzeugten beim Leser unweigerlich den Eindruck, dass bei der Er-

Der Anfang vom Ende: Im Dezember 2000 war der „Nachschlag“ geboren

stellung das Ziel „möglichst schnell irgend etwas zu veröffentlichen“ handlungsleitend gewesen sein muss. Gepaart mit dem neuen, schon fast unheimlich wirkenden Todesanzeigen-Design ging dies anscheinend auch einigen RCDS-Mitgliedern zu weit, die sich kurzerhand weigerten, das Machwerk am Mensa-Aufgang zu verteilen.

Einige Wochen später schon, pünktlich zu den Uni-Wahlen im Januar diesen Jahres, erschien dann die zweite Ausgabe des „Nachschlag“. Leider hatte man aus den Fehlern nicht viel gelernt, und die überreichliche Verwendung der Farbe schwarz deutete darauf hin, dass der RCDS – zumindest im Unterbewusstsein der Nach-

schlag-Redakteure – wohl zu Grabe getragen war. Die mangelnde Motivation bei den verbliebenen Mitgliedern und inhaltliche Orientierungslosigkeit im Wahlkampf taten ihr Übriges. Und so kam es, wie es kommen musste: Der RCDS verlor bei den Uni-Wahlen im Januar ein Viertel seiner Wähler. Die ehemals stimmenmäßig bedeutendste Hochschulgruppe flog im Sturzflug an der ADF, der Juso-HSG und der GHG (Grüne Hochschulgruppe) vorbei. – Schon hier fragten sich viele, ob sich der RCDS von dieser unglaublichen Demütigung wohl jemals wieder erholen würde. Hinzu kam, dass der Name „Nachschlag“ nach den beiden misslungenen Ausgaben

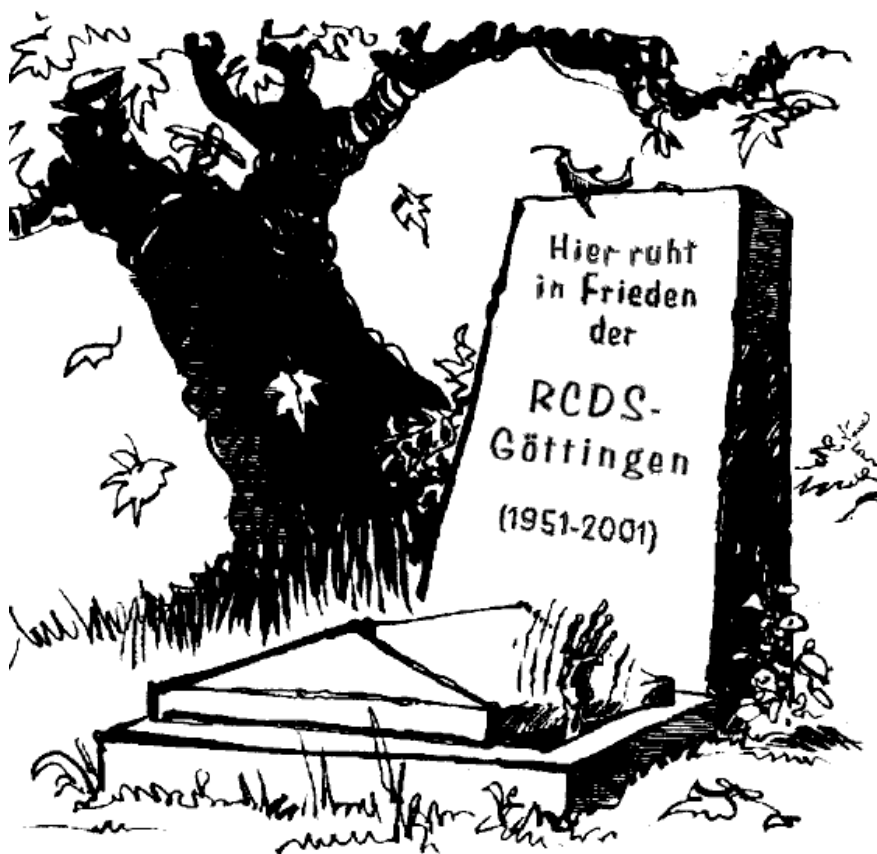
Die öffentliche Demütigung: Erdrutschartige Verluste bei den Uniwahlen im Januar

bei den Lesern so negativ besetzt war, dass der RCDS sich gezwungen sah, sein Blatt mangels Absatz umzubenennen: Im Sommersemester erblickte so die „Ration“ das Licht der Göttinger Hochschulöffentlichkeit. Das Design des von bösen Zungen auch „Not-Ration“ genannten Machwerks behielt man konsequenterweise bei: Viele dicke schwarze Balken, große Schrift, reichlich Zeilenabstand und mehrere Zentimeter Platz zwischen den Artikeln, um so geschickt zu kaschieren, dass man eigentlich gar nichts zu schreiben hatte. Angetrieben vom blinden Glauben an den Erfolg des „neuen“ Blattes, dessen Namen man findiger-

Ein neuer Versuch: „Ration“ oder „Notration“, das war nun die Frage!

weise an die im letzten Jahr nicht unerfolgreiche, mittlerweile allerdings unlesbare „Rotation“ der Jusos anlehnte, legte man es gleich in großen Stapeln an der ganzen Uni aus – schließlich sollten auch wirklich alle Studierenden ein Exemplar abbekommen. Doch leider schien die (Not-)Ration bereits beim fernen Anblick bei vielen Lesern depressive Verstimmungen hervorzurufen; der Absatz ließ so zu wünschen übrig, dass auch der (Not-)Ration nach zwei missglückten Ausgaben das Ende besiegelt war.

Das nächste Aufgebot des RCDS war dann ein einseitiger Schrieb, listigerweise nun ganz ohne einen Namen, über die StuPa-Sitzung vom Abend des 20. Juni diesen Jahres. Hier hatten es einige Mitglieder des RCDS geschafft, den bereits am Morgen



Mach doch mal endlich einer den Deckel zu!

des 21. Juni an der Uni ausliegenden Sonder-Wadenbeißer von uns („Demokratie? Nein, Danke!“) über die Geschehnisse auf der besagten StuPa-Sitzung soweit umzuformulieren, dass man ihn als eigen verkaufen konnte. Auf Design wurde aus Zeitgründen, vielleicht auch wegen mangelnder Fähigkeit gänzlich verzichtet. Und so hatte man dann auf diese Weise bis zum Mittag doch noch etwas „Eigenes“ auf die Beine gestellt. Leider nur fand sich dann im RCDS mal wieder niemand, der das misslungene Flugblatt verteilen wollte.

Während der Semesterferien konnte man dann aber endlich verschnaufen. Man bekam sogar „Unterstützung“ von der CDU, die unter dem Deckmantel des RCDS an der Uni Wahlkampf für die Kommunalwahlen im September machte. Doch auch dies konnte die Untätigkeit des RCDS nicht verdecken, und so griffen zu Beginn des jetzigen Semesters hohe Funktionäre des RCDS-Niedersachsen der Göttinger Ortsgruppe unter die Arme und verteilten im Foyer der Zentralmensa wohl unter dem Motto „Billige Werbegeschenke statt hochschulpolitischer Inhalte“ Papiertüten mit Schokoriegel, Tütensuppe, reichlich Werbeprospekten und sonstigem Kram, um die Studierenden zumindest davon zu überzeugen, dass es den RCDS hier überhaupt

noch gibt. Daran, dass es dem RCDS-Göttingen an einer inhaltlichen Ausrichtung

Ein neues Motto des RCDS: „Billige Werbegeschenke statt politischer Inhalte“

fehlt, wollte oder konnte man vielleicht auch nichts ändern.

Letztens jedoch – direkt nach der ersten Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) im neuen Semester am 29. Oktober – entfaltete der RCDS ungeahnten Aktionismus. Da hingen doch wirklich plötzlich in einigen Uni-Gebäuden (Juridicum, Sozio-Oeconomicum) eine Handvoll RCDS-Plakate, die auf die Missstände auf der besagten StuPa-Sitzung hinzuweisen versuchten. „Peinlich! Linkes Plenum fälscht StuPa-Protokoll!“, konnte man z.B. lesen; wobei

Schrecken ohne Ende: Nichtssagende Plakate als Oppositionsarbeit

bei diesem Plakat vor allem fraglich blieb, was mit „peinlich“ gemeint war: Die dreiste Aktion der linken AStA-Koalition (siehe Seite 1) oder das dilettantische Plakat des RCDS selbst, das bei den meisten der wenigen Betrachter mehr Fragen aufgeworfen hat, als es beantworten konnte (Linkes Plenum? StuPa-Protokoll? Peinlich? Häh?).

Liebe RCDS'ler!

Mit eurem Slogan „RCDS: Wir gestalten Zukunft!“ – den man ja auf allem, was ihr so verbreitet, findet – habt ihr vielleicht ein wenig zu hoch gegriffen. Wir würden uns ja schon freuen, wenn ihr euch an der Gestaltung der Gegenwart ein wenig beteiligen würdet. Möglicherweise ist es bei euch auch noch nicht angekommen: Die Einführung von Langzeit-Studiengebühren steht vor der Tür, über allgemeine Studiengebühren wird schon diskutiert, das neue Niedersächsische Hochschulgesetz wird bald verabschiedet und auch in Göttingen gibt es genug, wofür man sich als Hochschulgruppe einsetzen könnte. Vielleicht fangt ihr ja einfach mal mit einer der oben genannten Sachen an. Das ist nicht allzu schwer, und ihr braucht dann im Wahlkampf auch kein ganz so schlechtes Gewissen zu haben, wenn ihr euch vor den Studierenden als „aktive“ hochschulpolitische Gruppe präsentiert, die sich angeblich für die studentischen Interessen einsetzt. Vielleicht seid ihr diesmal ja auch so konsequent und tretet erst gar nicht zu den Uniwahlen an. Ein Jahr Zeit für eine Komplettrenovierung würde euch gut tun; oder sollte gar die Selbstauflösung für euch die letzte Rettung sein?

Eure ADF

L e s e r b r i e f e



LESERBRIEFE ERWÜNSCHT,

so kann man es kurz und knapp formulieren. Falls ihr Anregungen oder Verbesserungsvorschläge habt, eure Meinung zu einem Artikel oder einem Thema äußern möchtet oder bei uns mitmachen wollt, dann schreibt doch einfach eine E-Mail an uns (adf@stud.uni-goettingen.de). Auch Anregungen für neue Themen und neueste Informationen aus den Fachbereichen sind herzlich willkommen.

ANZEIGE

MONASTIRAKI

**DAS GRIECHISCHE
RESTAURANT
IN GÖTTINGEN**

**ROTE STRASSE 8
TEL.: 0551 / 46345**

**TÄGLICH 12-15 UHR
UND 18-24 UHR
GEÖFFNET**

IMPRESSUM

Redaktion

Ralf Mayrhofer, Torsten Scharf,
Heiko Schönfeld

Chefredakteur / Layout

Ralf Mayrhofer

Vi.S.d.P.

Ralf Mayrhofer

Auflage

1.500 Stück

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

Anmerkungen der Redaktion:

Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.